

Braunschweiger Volksfreund

Nr. 2/2010

Zeitung des SPD-Unterbezirks Braunschweig

Juni/Juli 2010

Sommerprogramm 2010

„Sommer_Sonne_SPD“: Unter diesem Motto bietet die SPD zum 20. Mal allen Braunschweigern Freizeitspaß und Informationen in der Ferienzeit an.

Das Sommerprogramm feiert einen runden Geburtstag: Zum 20. Mal lädt die SPD unter dem Motto „Sommer_Sonne_SPD“ die Braunschweigerinnen und Braunschweiger zu interessanten und unterhaltsamen Besichtigungen während der Ferienzeit ein. Die Termine beginnen am 24. Juni mit einem Besuch beim Wasser- und Schifffahrtsamt sowie einer Gartenbesichtigung und enden am 17. August.

In diesem Jahr gibt es etliche neue Programmpunkte, beispielsweise Stadtrundgänge mit dem Arbeitskreis „Andere Geschichte“ oder probieren Sie Qi-Gong aus.

Neu ist auch, dass einige Besuche ins Umland führen, etwa zum Kaiserdom in Königslutter und ins VW-Werk Salzgitter, das ebenso wie das Braunschweiger Werk besichtigt wird.

Der Fußball kommt im Jahr der Weltmeisterschaft natürlich nicht zu kurz. Sie können selbst sportlich aktiv werden beim Turnier am 26. Juni auf dem Magnikirchplatz oder genießen Sie ein Public Viewing im Anschluss an



Zum 20. Sommerprogramm der SPD lädt die Vorsitzende Dr. Carola Reimann herzlich ein.

einen Besuch beim LOT-Theater.

Egal ob Sonne oder Regen, das Sommerprogramm bietet bei jedem Wetter erholsame und entspannende Termine. Kühles Schauerwetter? Wie wäre es mit einem Besuch im Landesmuseum. Die Sonne scheint? Da lockt ein Spaziergang mit informativen Erklärungen durch den Botanischen Garten mit dem Leiter Michael Kraft und durch den Arzneipflanzengarten mit Gärtnermeister Bohne oder genießen Sie die Generalprobe des „Freischütz“ auf dem

Burgplatz. Auch seit Jahren beliebte Termine wie die Reiterstaffel der Polizei oder die Feuerwehr sind wieder dabei.

Die Besichtigungen sind wie immer fast alle kostenlos, nur bei den Bahn & Bike Touren entstehen Kosten für die Bahnkarten.

Eine Anmeldung ist trotzdem dringend erforderlich, weil zum Beispiel im Museum die Teilnehmerzahlen begrenzt sind oder damit wir Sie informieren können, falls sich ein Termin verschiebt.

Anmeldungen bitte bei Eva Voges in der Schloßstraße 8 unter Telefon 05 31/480 98 21 oder per E-Mail an ub-braunschweig@spd.de

Das gesamte Sommerprogramm finden Sie in diese Zeitung eingelegt. Das Programm gibt es außerdem in der Geschäftsstelle der SPD in der Schloßstraße 8, Telefon 480 98 21 oder im Internet unter www.spd-braunschweig.de

SPD will Profifußball und Schulkindbetreuung

Jetzt ist es entschieden: Die jährlichen Pachtzahlungen der Eintracht für die Benutzung des Stadions werden nahezu halbiert, nämlich von 525 000 Euro jährlich auf 285 000 Euro. Die SPD im Rat hat gegen diese Reduzierung gestimmt, weil die Stadt nicht gleichzeitig mehr für die Schulkindbetreuung tun will.

Diese Entscheidung ist folgerichtig, wenn man den Hintergrund dazu betrachtet:

Das Eintracht-Stadion mit all seinen Nebenanlagen gehört trotz des Namens nicht dem Verein BTVS Eintracht, sondern der Stadt Braunschweig. Die Anlage – außer dem Stadion – selbst hat den Status einer „gemeinnützigen Sportfläche“, die gegen eine geringe Miete der Eintracht zur Verfügung gestellt wird. Das eigentliche Fußballstadion wird von der rechtlich selbständigen Profiabteilung des Vereins gepachtet. Trotz des hohen Betrages von über einer halben Million Euro ist diese Summe nicht kostendeckend. Die Stadthallen-Betriebsgesellschaft, die für die Stadt auch das Stadion verwaltet, schrieb

in den vergangenen Jahren auch in diesem Bereich rote Zahlen. Eine Ermäßigung der Pacht ist daher eindeutig eine Subvention des Profifußballes. Dass solche Subventionen bei der schwierigen Lage der öffentlichen Kassen umstritten sind, ist verständlich.

Die SPD hat sich ihre Entscheidung nicht leicht gemacht. Schlussendlich war die Ratsfraktion bereit, zuzustimmen, auch in Hinblick auf die vielen begeisterten Anhänger, die der Verein in Braunschweig und der Region hat. Mit dieser Bereitschaft wollte die Fraktion auch die Anstrengungen anerkennen, die das Eintracht-Präsidium unternommen hat, um die wirtschaftliche Situation des Vereins zu stabilisieren, allerdings nicht bedingungslos. SPD-Fraktionsvorsitzender Manfred Pesditschek: „In Braunschweig bestehen nach wie vor erhebliche Defizite bei der Nachmittagsbetreuung von Schulkindern. Deshalb haben wir beantragt, einen Betrag in gleicher Höhe, wie er zusätzlich für Eintracht von der Stadt bereitgestellt wird, für die Verbesserung der Schulkindbetreuung

zur Verfügung zu stellen. Das sind jährlich 240 000 Euro. Auf das Jahr 2010 entfällt noch die Hälfte, also 120 000 Euro.“

Dieser Antrag wurde von der CDU-FDP-Mehrheit abgelehnt. Daher stimmte die SPD im Verwaltungsausschuss auch gegen die Pacht senkung für die Eintracht.



Manfred Pesditschek, Vorsitzender der SPD im Rat: „Das ist schon ziemlich unfassbar. Mehrausgaben für den Profifußball ja, für die Kinderbetreuung nein – das kann man niemandem vermitteln, und das können wir nicht mittragen, bei aller Sympathie für unsere Eintracht.“

Integrationspolitisches Feigenblatt

Innenminister Schünemann (CDU) entscheidet, wen die Sozial- und Integrationsministerin Özkan (CDU) integrieren darf

Die niedersächsische CDU/FDP-Landesregierung hat eine türkischstämmige Politikerin als Sozial- und Integrationsministerin ins Kabinett berufen: Aygül Özkan. Wer aber gehofft hatte, damit werde eine humanere Integrationspolitik in Niedersachsen beginnen, wurde enttäuscht.

„Frau Özkan dient als Aushängeschild“, stellt Klaus-Peter Bachmann, integrationspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion fest. „Sie hat entweder keine eigene Meinung oder darf sie nicht äußern oder folgt sogar den Ansichten von Innenminister Uwe Schünemann.“

Nach der neuen Ressortabgrenzung der Ministerien entscheidet weiterhin der Innenminister über Einbürgerung, Aufenthaltsrecht und Härtefälle, sowie die Integration von Spätaussiedlern. Sozial- und Integrationsministerin Özkan darf sich danach um die – eher wenigen – Menschen mit ausländischer Herkunft kümmern, denen Schünemann einen gesicherten Status gewährt hat. „Integration aus einer Hand ist bei dieser Aufgabenverteilung nicht mehr möglich“, folgert Bachmann. „Schünemann entscheidet, wen Frau Özkan integrieren darf.“ Die Landesregierung gab auf Nachfrage sogar offen zu, dass es keine



Klaus-Peter Bachmann, MdB

fachlichen Gründe für die Aufgabenabgrenzung zwischen den Ministerien gibt.

Niedersachsen verfolgt in der Integrationspolitik weiterhin die harte Linie des Innenministers. Das zeigte sich auch bei einer Abstimmung im Bundesrat am 7. Mai. Drei Bundesländer, Berlin, Bremen und Brandenburg, hatten beantragt, dass sich in

Deutschland aufgewachsene Jugendliche mit Migrationshintergrund nicht mehr im Alter von 18 Jahren für nur eine Staatsbürgerschaft entscheiden müssen.

Die niedersächsische Landesregierung lehnte das ab. Sie beharrt darauf, dass die Jugendlichen sich auch künftig auf eine Staatsbürgerschaft festlegen. Bei dieser Abstimmung vertrat übrigens Schünemann das Land Niedersachsen im Bundesrat, während seine Kollegin Özkan sich zu dem Thema nicht äußerte. „Das ist ein weiterer Beleg dafür, dass die Berufung von Frau Özkan zur Sozial- und Integrationsministerin lediglich ein Werbegag des Ministerpräsidenten war“, kritisiert Bachmann.

Kennzeichnend für Frau Özkan's Gewicht in der Landesregierung sind die Ereignisse kurz vor ihrem Amtsantritt. In einem Interview startete sie mit provokanten Äußerungen, als sie christliche Symbole aus Schulen entfernen wollte. Wenn man sieht, wie angepasst sie sich nach so kurzer Zeit verhält, könnte man an einen alten Spruch denken, der leicht abgewandelt lautet: Sie ist als Tigerin gesprungen und als Schmusekätzchen des Innenministeriums gelandet.

Griechenland-Hilfe und Schutzschirm für Europa

■ Nachdem die Staatsfinanzen der Griechen in die Schieflage gerieten, waren sie für Spekulanten angreifbar, die Wetten auf einen Staatsbankrott abschlossen und dadurch die Krise noch verschärften. Ein solcher Staatsbankrott hätte schwerwiegende Folgen für den Euro und die gesamte Wirtschaft in der EU gehabt. Die vorsichtige wirtschaftliche Erholung nach der Weltfinanzkrise wäre wieder zunichte gemacht worden. Deswegen war es richtig, die griechischen Staatsfinanzen mit Bürgschaften zu unterstützen.

Ebenso richtig war es, dass alle EU-Staaten zusammen den Schutzschirm von 750 Mrd. Euro eingerichtet haben, denn nicht nur die Griechen haben Haushaltsprobleme und sind für Spekulanten angreifbar.

Die SPD-Bundestagsfraktion war eindeutig für diese Maßnahmen, hat sich aber bei der Abstimmung enthalten, da es die Bundesregierung in verantwortungsloser Weise abgelehnt hatte, sich für eine bessere Kontrolle des globalen Finanzsystems einzusetzen. Eine reine Kreditermächtigung reicht nicht aus, um die Stabilität der Eurozone zu gewährleisten. Strukturreformen

müssen international durchgesetzt werden.

Dazu der SPD- Parteivorsitzende Sigmar Gabriel: „Die SPD konnte und wollte nicht gegen das Euro-Rettungspaket stimmen. Aber



Dr. Carola Reimann, MdB

wir wollten uns auch nicht in die Gesamthaltung für eine völlig falsche Wirtschafts- und Europapolitik nehmen lassen, bei der am Ende der Steuerzahler allein die Zeche zahlt und die Verursacher der Krise Profite machen.“ Wir

wollen anders als die Konservativen und Neoliberalen verhindern, dass die Menschen die Opfer unregelter Märkte werden.

Die Braunschweiger Bundestagsabgeordnete Dr. Carola Reimann sagte dazu: „Nach unserer Meinung darf es kein einfaches Weiter-So geben. Nach diesem Motto handelt aber die schwarz-gelbe Regierung!

Wir machen uns stark für eine „Europäische Bürgerinitiative“ zur Finanzmarktregulierung. Für den Fall, dass die konservativ-liberalen Regierungen der EU die Finanzmärkte nicht weitreichend und effizient regulieren und den Finanzsektor umfassend an den Folgekosten der aktuellen Krise beteiligen, will die SPD zusammen mit anderen Parteien eine „Europäische Bürgerinitiative“ starten.

Dieses Instrument wurde durch den Vertrag von Lissabon neu geschaffen und käme erstmals zum Einsatz. Damit wollen die deutschen und österreichischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ihrer Forderung in ganz Europa Nachdruck verleihen und die notwendigen Regelungen auf die Tagesordnung der europäischen Politik zu setzen.“

Joachim Gauck ist der Kandidat aus der Mitte der Gesellschaft

Zur Nominierung der Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten

Von Hans-Jochen Vogel

■ Unser Land befindet sich gegenwärtig aus mehreren Gründen in einer besonders schwierigen Situation, deren Bewältigung gemeinsame Anstrengungen aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte erfordert. Es hätte daher nahe gelegen, für das Amt des Bundespräsidenten in möglichst breitem Einvernehmen eine Persönlichkeit zu nominieren, die nicht nur einer bestimmten Partei zugeordnet werden kann und deshalb jenseits parteipolitischer Überlegungen allgemeine Anerkennung und Zustimmung findet.

Leider haben sich die Union und die FDP entgegen ursprünglichen Absichtserklärungen dazu nicht bereitgefunden. Daraufhin haben meine Partei und die Partei Bündnis 90/Die Grünen in der Person von Joachim Gauck einen Kandidaten benannt, der diese Voraussetzungen uneingeschränkt erfüllt und auch sonst für das Amt des Bundespräsidenten hervorragend qualifiziert ist. Besonders bedeutsam erscheint dabei, dass er schon in der DDR seine Selbstständigkeit bewahrt und sich für die Bürgerrechte eingesetzt hat. Auch nach der Vereinigung hat er sich



Joachim Gauck: „Ich will ein Ermutiger sein.“

■ Der frühere DDR-Bürgerrechtler Joachim Gauck (Mitte) wurde an 4. Juni der Presse vorgestellt. Mit dabei (von links): Grünen-Vorsitzender Cem Özdemir, Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin, der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel und SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier. *Foto: www.spd.de*

als Leiter der nach ihm benannten Behörde und in den letzten Jahren als Vorsitzender der Vereinigung „Gegen Vergessen - für Demokratie“ unermüdlich für das Gemeinwohl engagiert. Diese Leistungen sind übrigens anlässlich seines 70. Geburtstags und der Präsentation seiner Lebenserinnerungen auch von der Bundeskanzlerin in einer sehr persönlichen Gratulationsrede ausdrücklich gewürdigt worden.

Die Bundesversammlung verfügt deshalb dank des gemein-

samen Vorschlags von SPD und Bündnis 90/Die Grünen in seiner Person über eine Alternative, die alle Wahlmänner und Wahlfrauen ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit ernsthaft erwägen sollten. Immerhin könnten sie durch die Wahl von Joachim Gauck ein Zeichen dafür geben, dass in bestimmten Situationen die Parteiinteressen hinter dem Gemeinwohl zurückzustehen haben.

Wie wird der Bundespräsident gewählt?

■ Zu diesem Zwecke tritt die Bundesversammlung zusammen. Diese besteht aus den Abgeordneten des Bundestages und einer gleich großen Anzahl von Vertreterinnen und Vertretern der Länder. Die Verteilung der Sitze ist wie folgt:

CDU/CSU	498 - 500*
SPD	332 - 333*
FDP	147
Grüne	127
Die Linke	124 - 125*
Sonstige	14
Gesamt	1244

* Festlegung durch Losentscheid

CDU/CSU und FDP verfügen über mindestens 645 Stimmen, 22 mehr als die absolute Mehrheit. Einige ihrer Wahlmänner und Wahlfrauen haben große Sympathie für den parteilosen Kandidaten Joachim Gauck ausgedrückt. Die Wahl könnte spannend werden.

Krach um Schulschließung

■ Groß ist die Verärgerung in der Schuntersiedlung. Grund ist die geplante Schließung der Grund- und Hauptschule am Tostmannplatz. Und diese Verärgerung ist verständlich. Grund ist das Vorgehen der Schulverwaltung mit Stadtrat Laczny an der Spitze.

Die Entwicklung der Schülerzahlen führt dazu, dass mindestens eine Hauptschule in Braunschweig geschlossen werden könnte. Der freiwerdende Standort wäre verfügbar, um zum Beispiel die Raumnot der Astrid-Lindgren-Schule – einer „Förderschule Lernen“ – zu lösen. Diese ist jetzt noch auf die zwei Standorte Rühme und Isoldestraße aufgeteilt, wo sie sich die Räume mit der jeweils dort befindlichen Grundschule teilt. Dort reicht der verfügbare Schulraum nicht hin und nicht her.

Es ist also naheliegend, eine Hauptschule zu schließen und die Astrid-Lindgren-Schule aus den beiden Grundschulen herauszuziehen

und dort unterzubringen. Schon jetzt können sich Hauptschüler schließlich aussuchen, welche Hauptschule in Braunschweig sie besuchen wollen.

Die Verwaltung schlägt nun vor, die Grund- und Hauptschule (GHS) Schuntersiedlung zu schließen und dort die Astrid-Lindgren-Schule unterzubringen. Das Problem: die GHS Schuntersiedlung besitzt auch einen Grundschulzweig.

Der ist einzügig, pro Schuljahrgang kann eine Klasse gebildet werden. Diese Schüler sollen jetzt nach dem Vorschlag künftig die ebenfalls einzügige Grundschule Kralenriede besuchen, die dann zweizügig werden würde. Schon das stößt auf Widerstand der Eltern, hauptsächlich wegen des längeren und gefährlicheren Schulweges.

Vor allem aber sind Lehrer, Schüler und Eltern empört über die mangelnde Einbeziehung. Die Schule erfuh von dem

Schließungsvorschlag aus der Zeitung, und in weniger als drei Wochen sollten das vorgeschriebene Anhörungsverfahren, die Beratung im Schulausschuss der Stadt und die Beschlussfassung im nichtöffentlich tagenden Verwaltungsausschuss der Stadt erfolgen. Dass das unzumutbar ist, sah auch der Schulausschuss in seiner Mehrheit so. Daher beschloss dieses Gremium auf Antrag der SPD, die Verwaltung aufzufordern, einen Vorschlag zu erarbeiten, bei dem zumindest der Grundschulzweig in der Schuntersiedlung bestehen bleiben kann.

Die SPD konnte außerdem erreichen, dass die Beschlussfassung auf die Juni-Ratssitzung verschoben wird. So kann im Schulausschuss noch einmal versucht werden, eine bessere Lösung zu finden. Allerdings scheint es so, als ob CDU und FDP nicht bereit seien, hier noch einmal nachzudenken.

Wilhelm Brackes 130. Todestag am 27. April 2010

Mitgründer der deutschen Sozialdemokratie aus Braunschweig

Der Braunschweiger Wilhelm Bracke gründete 1869 in Eisenach zusammen mit August Bebel und Wilhelm Liebknecht die Sozialdemokratische Arbeiterpartei SDAP, die 1890 in SPD umbenannt wurde. Weil er schon mit knapp 38 Jahren starb, gerieten seine Verdienste oft in Vergessenheit. Aber die Braunschweiger bildeten den ersten „Bundesvorstand“. Und dafür nahm Wilhelm Bracke viele Opfer auf sich, so eine Gefängnisstrafe, weil er 1870 mit Flugblättern für die Beendigung des Krieges mit Frankreich eintrat. Er wurde am 29. Mai 1842 in Braunschweig geboren, wohnte Hintern Brüdern 9, war Verleger und Publizist. Er investierte das ganze Vermögen seiner Familie in politische Bücher und den Aufbau der Partei. 1872 wurde er als erster Sozialdemokrat zum Mitglied des Rates der



Wilhelm Bracke (sitzend, 6. v.r.) im Kreis der ersten Braunschweiger Sozialdemokraten.

Stadt Braunschweig gewählt. 1877 war er einer der ersten 12 Abgeordneten der SDAP im Reichstag.

In seiner Heimatstadt engagierte er sich für bessere Schulen und Gesundheit. In seinem Verlag publizierte er den „Braunschweiger Volksfreund“, der erstmals am 15. Mai 1871 erschien. Unter den Nationalsozialisten verboten, wurde der „Braunschweiger Volksfreund“ seit 1945 wieder herausgegeben. Sie halten die neueste Ausgabe in den Händen.

Die nach Wilhelm Bracke benannte Wilhelm-Bracke-Gesamtschule in der Weststadt hält die Erinnerung an ihn wach.

Ihm zu Ehren wurden an seinem Grab auf dem Petri-Friedhof am 27. April Kränze der Braunschweiger SPD und der Wilhelm-Bracke-Gesamtschule nieder gelegt. Eine Bläserklasse dieser Schule umrahmte die Gedenkstunde.

Mehr als 100 Schülerinnen und Schüler beim „Zukunftstag“ Gäste der SPD-Fraktion



„Es ist schön, das Gefühl zu haben, mitbestimmen zu können“, erklärte eine Braunschweiger Schülerin am Ende des Zukunftstages. Sie war eine von über 120 Jugendlichen, die am 3. Mai die SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag besuchten und selbst die Arbeit von Abgeordneten durchspielten. Die Schüler bildeten Fraktionen und formulierten Anträge, meist zu den Themen Bildung und Umweltschutz, wobei ihnen Abgeordnete assistierten. Es folgte eine lebhafte und kontroverse Debatte im Plenarsaal.

Der SPD-Abgeordnete Klaus-Peter Bachmann, der zwei Schülerinnen aus Braunschweig in den Landtag eingeladen hatte, stellte zufrieden fest: „Für alle Teilnehmer war es ein großer Spaß. Um den politischen Nachwuchs brauchen wir uns nicht zu sorgen.“

Schüler, die noch genauere Einblicke in die Arbeit des Landtages gewinnen wollen, können sich bei ihm für ein Praktikum melden. E-Mail: info@bachmann-mdl.de

Bürgersprechstunden der SPD-Abgeordneten

Die Braunschweiger SPD-Abgeordneten bieten in Geschäftsstelle in der Schloßstraße 8 regelmäßig Bürgersprechstunden an. Anmeldung wird erbeten unter Telefon 05 31 / 4 80 98 21. Die Termine sind :

- ▶ **Dr. Carola Reimann, MdB:**
 - Dienstag, 3. August, von 9 – 15 Uhr
 - Mittwoch, 1. Sept, von 9 – 15 Uhr
- ▶ **Klaus-Peter Bachmann, MdL:**
 - Donnerstag, 17. Juni, 14.30 Uhr
 - Donnerstag, 12. August, 14.30 Uhr
 - Donnerstag, 16. September, 14.30 Uhr

Impressum

Braunschweiger Volksfreund

Herausgeber: SPD-Unterbezirk Braunschweig, Schloßstraße 8, 38100 Braunschweig

Internet: www.spd-braunschweig.de

Redaktion: Detlef Kühn (VidSP), Sigrid Herrmann, Jens Lüttge
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 05.06.10

Druck: bs-druck, Braunschweig

Erscheinungsweise: vierteljährlich, Auflage: 44 000 Ex.

Bankverbindung/

Spendenkonto des SPD-Unterbezirks: SEB, Konto 100 600 1200, BLZ 270 101 11

